

KLEINE ANFRAGE

des Abgeordneten Martin Schmidt, Fraktion der AfD

KfW-Förderstopp in Mecklenburg-Vorpommern

und

ANTWORT

der Landesregierung

1. Wie viele private Bauherren sind in Mecklenburg-Vorpommern nach Kenntnis der Landesregierung von der Aussetzung des KfW-Förderprogramms „Bundesförderung effizienter Gebäude (BEG)“ betroffen?

Die Förderprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) werden vom Bund initiiert und finanziell ausgestattet. Die Länder sind daran nicht beteiligt. Der Landesregierung liegen dazu keine detaillierten Erkenntnisse vor, weil die entsprechenden Statistiken der KfW nur zusammengefasst veröffentlicht werden. Im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung des Landes werden keine Statistiken geführt, wer die geförderten Vorhaben noch zusätzlich finanziert. Geprüft wird stets, ob die Gesamtfinanzierung gesichert ist, nur dann werden Bundes- und Landesmittel bewilligt.

2. Wie viele Gebäude in Landeseigentum sind von der Aussetzung der Förderung betroffen?
3. Wie viele Gebäude in Eigentum der Kommunen sind von der Aussetzung der Förderung betroffen?
4. Wie viele Bau- und Sanierungsvorhaben des Landes und der Kommunen sind in Mecklenburg-Vorpommern durch den Förderstopp gefährdet?

5. Wie hoch war die jeweilig geplante Kofinanzierung für Gebäude des Landes und der Kommunen (bitte nach Fördermittelhöhe und Gebäude mit Standort aufschlüsseln)?

Die Fragen 2 bis 5 werden zusammenhängend beantwortet.

Es sind keine Gebäude in Landeseigentum oder Bau- und Sanierungsvorhaben des Landes betroffen, da der staatliche Hochbau im Landesbau keine KfW-Mittel einsetzt. Bezüglich der Betroffenheit der Kommunen liegen der Landesregierung keine Erkenntnisse vor.

6. Wie hoch sind die CO₂-Einsparungen, die sich das Land durch die Sanierungsmaßnahmen erhofft hat?

Die Förderprogramme der KfW werden vom Bund initiiert und finanziell ausgestattet. Die Länder sind daran nicht beteiligt. Der Landesregierung liegen dazu keine Erkenntnisse vor.

7. Plant das Land eigene Programme, um die Aussetzung der KfW-Förderung zu kompensieren?
Wenn ja,
 - a) wie sollen diese ausgestaltet sein?
 - b) wie hoch sind die jeweiligen Fördersummen?

Die Fragen 7, a) und b) werden zusammenhängend beantwortet.

Nein, diesbezügliche Planungen der Landesregierung bestehen nicht.